

Trauerfeier für Djamshid Sharmahd: Politik und Mahnwache vereint in Berlin

Trauerfeier für Djamshid Sharmahd in Neukölln: Politische Unterstützung, Menschenrechtsfragen und Folgen seiner umstrittenen Verurteilung.



Neukölln, Deutschland - Am 11. April 2025 fand in Berlin-Neukölln eine Trauerfeier für Djamshid Sharmahd statt, bei der sich Angehörige, Freunde und Weggefährten versammelten. Unter den Gästen waren auch prominente Politiker wie Cem Özdemir, der Bundesminister für Landwirtschaft und Bildung, sowie Franziska Giffey, Berlins stellvertretende Regierungschefin. Die Trauerfeier wurde von einer geplanten Solidaritätskundgebung für politische Gefangene im Iran am Brandenburger Tor begleitet, was die anhaltende Besorgnis über Menschenrechtsverletzungen und die politische Unterdrückung im Iran verdeutlicht.

Sharmahd wurde 1955 in Teheran geboren und wuchs in

Hannover auf, bevor er 2003 nach Kalifornien zog. Er war aktiv in einer iranischen Exil-Oppositionsgruppe und wurde im Sommer 2020 während einer Reise von Dubai in den Iran entführt. Der umstrittene Prozess, der zu seinem Todesurteil führte, wurde von Amnesty International als unfair und als Schauprozess verurteilt. Im Frühjahr 2023 erhielt er die Todesstrafe wegen angeblicher Terrorvorwürfe, die von seinen Angehörigen und Menschenrechtlern zurückgewiesen wurden. Trotz der Bekanntgabe seiner Hinrichtung im Oktober 2024 erklärte die iranische Justiz später, dass er nicht hingerichtet wurde, sondern in Haft verstarb, ein Vorgehen, das tiefes Misstrauen gegenüber den iranischen Behörden schürt.

Reaktionen auf die Hinrichtung

Die Nachrichten von Djamshid Sharmahds Hinrichtung am 10. April 2025 haben international für Entsetzen gesorgt. Amnesty International, die sich seit 2020 für seine Freilassung einsetzte, verurteilte die Hinrichtung und bezeichnete das Verfahren als illegitim. Christian Mihr, stellvertretender Generalsekretär von Amnesty International in Deutschland, erklärte, dass die Hinrichtung gegen das Menschenrecht auf Leben verstößt und die Missachtung fundamentaler Menschenrechte im Iran aufzeigt. Amnesty fordert die iranische Regierung auf, die Todesstrafe abzuschaffen und Scheinprozesse zu beenden, während sie die Bundesregierung auffordert, strafrechtliche Ermittlungen gegen Verantwortliche im Iran einzuleiten.

Im Rahmen der Trauerfeier kritisierte Sharmahds Tochter, Gazelle Sharmahd, sowohl die US-Regierung als auch die Bundesregierung für ihre Untätigkeit. Sie hatte Unterstützung bei der Einreichung einer Strafanzeige gegen hochrangige Mitglieder der iranischen Justiz und des Geheimdienstes beantragt, um die Verantwortlichen für die Misshandlungen und die Todesumstände ihres Vaters zur Rechenschaft zu ziehen. Amnesty International fordert, dass die Bundesanwaltschaft ermittelt und gegebenenfalls Haftbefehle gegen diese Beamten erlässt.

Der Kontext der Menschenrechtslage im Iran

Die Situation der Menschenrechte im Iran ist von schwerwiegenden Verstößen geprägt. Laut Amnesty International sind Verschwindenlassen, Folter und andere Misshandlungen weit verbreitet und werden systematisch angewendet. Die Rechte auf ein faires Gerichtsverfahren werden fortlaufend verletzt, und die Todesstrafe wird häufig als Mittel politischer Unterdrückung eingesetzt, insbesondere gegen Angehörige ethnischer Minderheiten. Im Jahr 2023 wurden im Iran mindestens 853 Menschen hingerichtet, was das Ausmaß der repressiven Maßnahmen der iranischen Regierung verdeutlicht.

Die Proteste der Bewegung „Woman Life Freedom“, die durch den Tod von Mahsa (Zhina) Amini im September 2022 ausgelöst wurden, sind ein weiteres Zeichen des Widerstands gegen das Regime. Die brutale Niederschlagung dieser Proteste durch die iranischen Behörden zeigt die brutalen Maßnahmen, die eingesetzt werden, um Kritiker und unliebsame Stimmen zum Schweigen zu bringen. Amnesty International fordert ein entschlossenes Vorgehen der internationalen Gemeinschaft, um die Zunahme von Hinrichtungen und anderen Menschenrechtsverletzungen im Iran zu stoppen.

Die Trauerfeier für Djamshid Sharmahd ist nicht nur ein Abschied von einem individuellen Schicksal, sondern auch eine Mahnung an die fortwährenden Kämpfe für Menschenrechte im Iran und weltweit. Die anhaltende Dringlichkeit, die politischen und rechtlichen Missstände im Iran anzuprangern, bleibt damit bestehen.

Für weitere Informationen über die Hintergründe von Djamshid Sharmahds Fall und die aktuelle Menschenrechtslage im Iran besuchen Sie bitte die Berichte von **Jüdische Allgemeine**, **Amnesty International Deutschland** und **Amnesty International Österreich**.

Details	
Ort	Neukölln, Deutschland
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.juedische-allgemeine.de• www.amnesty.de• www.amnesty.at

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de